

**Öffentliche Niederschrift über die  
24. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)  
des Landkreises Trier-Saarburg  
am 13.09.2021 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:03** Uhr

Ende: **18:58** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharzt

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Bernhard Henter

Herr Dieter Klever

Vertretung für Herrn Matthias Daleiden

Herr Sascha Kohlmann

Frau Dr. Kathrin Meß

ab 17:06 Uhr (TOP 1)

Herr Stefan Metzdorf

Vertretung für Frau Stephanie Freytag

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

ab 17:07 Uhr (TOP 3)

Frau Kathrin Schlöder

Herr Arnold Schmitt

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Verwaltung

Frau Nadja Adams

Leitstelle Familie (TOP 11)

Herr Sebastian Bienek

Zentralabteilung - EDV (TOP 13)

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Ronny Folz

Abteilung 5 - Schulen und Bildung  
(TOP 5)

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Herr Johannes Rausch

Abteilung 4 - Wirtschaft, Landwirtschaft  
und Weinbau (TOP 8)

Herr Detlef Schmitz

Leiter der Abteilung 8 - Sozialamt  
(TOP 9)

Frau Hannah Schmitz

Pressestelle

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

### Gäste

Herr Friedhelm Knopp  
Frau Barbara Schwarz  
Herr Bruno Thiel

Trierischer Volksfreund  
Zweckverband VRT

### nicht anwesend:

#### Mitglieder

Herr Matthias Daleiden  
Frau Stephanie Freytag

entschuldigt  
entschuldigt

### Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, die Mitarbeitenden der Verwaltung sowie die Gäste.  
Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Es bestehen ferner folgende Erweiterungen der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung:

- „Ersatzbeschaffung Hebekissen für Abrollbehälter Rüst (AB-Rüst in Konz)“
- „Umsetzung Linienbündel Ruwertal-Hochwald, aktueller Stand“
- DigitalPakt IV – Leigeräte für Lehrkräfte – Vergabeermächtigung“

Der **Kreisausschuss** stimmt der Erweiterung der Tagesordnung aufgrund der bestehenden Dringlichkeit nach § 27 Abs. 7 Nr. 1 LKO einstimmig zu.

Es bestehen folgende Änderungen der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung:

- die Tagesordnungspunkte „Ersatzbeschaffung Hebekissen für Abrollbehälter Rüst (AB-Rüst in Konz)“ wird als neuer Tagesordnungspunkt 4 geführt
- der Tagesordnungspunkt „Umsetzung Linienbündel Ruwertal-Hochwald, aktueller Stand“ wird als neuer Tagesordnungspunkt 3 behandelt
- der Tagesordnungspunkt „DigitalPakt IV – Leihgeräte für Lehrkräfte – Vergabeermächtigung“ wird als neuer Tagesordnungspunkt 5 behandelt
- die Tagesordnungspunkte „K 141, Ausbau in der OD Oberzerf mit VG-Werken und freie Strecke bis zur B 4017“ wird als neue Tagesordnungspunkt 6 geführt
- die folgenden Tagesordnungspunkte gemäß der Einladung werden als neue Tagesordnungspunkte 7-17 behandelt

Der **Kreisausschuss** stimmt den Änderungen der Tagesordnung nach § 27 Abs. 7 Satz 2 LKO einstimmig zu.

Es liegen keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vor. Aufgrund dessen wird sie wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

3. **Umsetzung Linienbündel Ruwertal-Hochwald; aktueller Stand  
Vorlage: 0371/2021**
4. **Ersatzbeschaffung Hebekissen für Abrollbehälter Rüst (AB-Rüst) in Konz  
Vorlage: 0361/2021/1**
5. **DigitalPakt IV - Leihgeräte für Lehrkräfte - Vergabeermächtigung  
Vorlage: 0369/2021**
6. **K 141, Ausbau in der OD Oberzerf mit Vg-Werken und freie Strecke bis zur B  
407; Vorlage: 0311/2021/3**
7. **Zuschussantrag des SV Wincheringen zur Errichtung eines Kunstra-  
senkleinspielfeldes; Vorlage: 0348/2021**
8. **Breitbandausbau im Landkreis Trier-Saarburg a) neue Förderrichtlinie Gi-  
gabitauausbau ("Graue-Flecken-Programm") b)weiteres Vorgehen im Land-  
kreis zum Aufbau eines flächendeckenden Gigabitnetzes c) aktueller Sach-  
stand der Ausbauprojekte im Landkreis; Vorlage: 0335/2021**
9. **Überplanmäßige Ausgaben im Bereich des Teilhaushaltes 8 –Sozialamt-  
Vorlage: 0338/2021**
10. **Betreuung von Flüchtlingen a) Sozialbetreuung in der Gemeinschaftsunter-  
kunft Konz b) Ehrenamtskoordination; Vorlage: 0341/2021**
11. **Erstellung eines Lokalen Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: 0346/2021**
12. **Sachstand Klimaschutzmanagement; Vorlage: 0312/2021**
13. **Livestream von Gremiensitzungen; Vorlage: 0232/2021**
14. **Beteiligung des Landkreises Trier-Saarburg an den Kosten für die Integrierte  
Leitstelle Trier und die Rettungswachen im Rettungsdienstbereich Trier  
Vorlage: 0340/2021**
15. **Informationen und Anfragen**

### 3. Umsetzung Linienbündel Ruwertal-Hochwald; aktueller Stand Vorlage: 0371/2021

#### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Eine kurzfristige Vorlage sei notwendig gewesen, um tagesaktuelle Informationen liefern zu können. Er begrüßt Frau Schwarz, die Geschäftsführerin des Zweckverbandes VRT.

Frau **Schwarz** geht eingangs darauf ein, dass es sich beim Linienbündel Ruwertal-Hochwald um das letzte Bündel im Landkreis Trier-Saarburg handle, welches umgesetzt werde. Sie räume ein, dass es zu Beginn gewisse Startschwierigkeiten gegeben habe. Seitens der Bevölkerung habe es Hinweise und Beschwerden zu einzelnen Standorten und Buslinien gegeben. Probleme habe es bspw. auf den Linien Gusterath-Trier, Osburg-Thomm und Damflos gegeben. An einzelnen Stellen habe es planerischen Nachbesserungsbedarf gegeben. Daher seien Anpassungen vorgenommen worden, die auf der Internetseite des VRT eingesehen werden können. Im Allgemeinen können gemäß der Beförderungsrichtlinien 70 Prozent der Stehplätze in den Bussen genutzt werden. In der Corona-Pandemie könne dies befremdlich wirken. Jedoch sei der öffentliche Personennahverkehr von dem Abstandsgebot der Corona-Bekämpfungsverordnung ausgenommen.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** ergänzt, dass der Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr über eine Reduzierung der Stehplatzquote auf 50 Prozent beraten habe. Durch die Corona-Pandemie habe im vergangenen Jahr kein normaler Schulbetrieb stattgefunden. Die Probleme werden weiterhin im Blick behalten. Aufgrund einiger Unwägbarkeiten sei eine Kapazitätsplanung lediglich auf der Grundlage der Fahrkarten kaum zu leisten.

Kreisausschussmitglied **Metzdorf** (SPD) kritisiert, dass trotz der Corona-Pandemie die Schülerzahlen bekannt gewesen seien. Als Ortsbürgermeister von Gusterath könne er einige Probleme im Schülerverkehr aufzählen. Bei allem Verständnis für die Fahrplanumstellung, gebe es Busse, die übervoll seien. Derzeit sei die Situation einigermaßen zufriedenstellend.

Frau **Schwarz** teilt mit, dass der Schülerverkehr am heutigen Morgen im Anschluss an die Ferien gut gelaufen sei. In den nächsten Tagen werde dieser weiterhin im Blick behalten. Sie habe Verständnis für die Ungeduld der Eltern. Es solle schnellstmöglich Abhilfe verschafft werden.

Der **Landrat** gibt an, dass in der vergangenen Woche diesbezüglich Gespräche geführt worden seien. In der heutigen Sitzung gehe es um die Information an die Gremienmitglieder. Die Situation vor Ort werde weiterhin beobachtet. Eine Sitzplatzgarantie sowie Corona-Abstände im öffentlichen Personennahverkehr seien nicht umsetzbar. Zum Gesamtbild gehöre auch, dass es derzeit schwierig sei, weitere Busse zur Verfügung zu stellen, da einige Schienenersatzverkehre (Eifelstrecke/ Ahrtal) in Folge der Hochwasserkatastrophe einge-

richtet worden seien.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Nickels** (CDU) antwortet Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel**, dass der Schwerpunkt im ersten Schritt auf dem morgendlichen Schülerverkehr gelegen habe. Im nächsten Schritt werde der Nachmittagsverkehr in den Fokus genommen. Federführend für den Schülerverkehr aus und in die Stadt Trier sei die Stadtverwaltung zuständig. Der Landkreis sei unterstützend tätig geworden.

Mit einem Dank richtet sich die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) an die Verwaltung. Der Versuch der Stehplatzreduzierung sei lobenswert. Das Hauptproblem bestehe an dem aktuellen Busfahrmangel. Sie stelle sich die Fragen, ob ähnlich wie im Lehrwesen sogenannte Springer vorhanden seien und ob der Fahrplan nun angepasst worden sei. Im Bereich Thalfang sei der Landkreis kein Schulträger. Aus diesem Grund seien diese Probleme kaum lösbar.

Der **Landrat** sei erfreut über die nüchterne und sachliche Betrachtung dieser Angelegenheit. Im Zweifel könne der Busunternehmer persönlich als Springer agieren. Durch einen gewissen Anteil an Busfahrern mit Migrationshintergrund könne es ferner zu Verständigungsproblemen im Einzelfall kommen.

Es herrsche bundesweit ein Busfahrmangel, so Frau **Schwarz**. Dennoch sei eine zunehmende Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs politisch und gesellschaftlich gewünscht. Wie bereits erwähnt, habe der Busverkehr am heutigen Tag gut funktioniert. Der Nachmittagsverkehr werde im nächsten Schritt intensiver ins Auge gefasst.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) merkt an, dass es im Allgemeinen bei einer Fahrplanumstellung anfangs zu gewissen Herausforderungen kommen könne. Für Konz könne er sagen, dass es einen mustergültigen Fahrplan gebe. Wichtig hingegen sei die Bekanntmachung des Busnetzes. Seines Wissens nach seien in Konz zwei Broschüren des VRT veröffentlicht worden, die bei der Bevölkerung für Irritationen gesorgt haben. Deshalb fordere er eine bessere interne Prüfung bzw. Kontrolle vor Herausgabe von Materialien.

Frau **Schwarz** stimmt den Ausführungen ihres Vorredners zu. Sie habe bereits veranlasst, dass künftig Materialkontrollen vor Herausgabe stattfinden. Sie habe sich persönlich sehr über diese Angelegenheit geärgert. Sie setze sich nun persönlich für die Richtigkeit ein.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Tarifverträge im Vergleich zu Luxemburg für die Busfahrer verdeutlicht der **Landrat**, dass es sich in Luxemburg um ein Staatsunternehmen handle. Die Verkehrsunternehmen in Rheinland-Pfalz haben eine Garantie abgegeben, dass sie ihre Mitarbeitenden tariflich bezahlen. Die Tarifmerkmale werden erfüllt.

Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) bringt ein, dass trotz der multimedialen Zukunft nicht auf die herkömmlichen Informationsmate-

rialien verzichtet werden solle, um alle Altersgruppen zu erreichen.

Der **Landrat** weist darauf hin, dass für die Anliegen der Bevölkerung die Möglichkeit der Beschwerdeplattform bestehe. Diese seien an die Kreisverwaltung und den Zweckverband VRT gerichtet.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

**4. Ersatzbeschaffung Hebekissen für Abrollbehälter Rüst (AB-Rüst) in Konz  
Vorlage: 0361/2021/1**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt, die Ersatzbeschaffung der Hebekissen an die Firma Schmitt Feuerwehrtechnik aus Neuwied zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**5. DigitalPakt IV - Leihgeräte für Lehrkräfte - Vergabeermächtigung  
Vorlage: 0369/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich der bereits gelieferten Geräte, erklärt Herr **Folz**, dass diese nach wie vor up to date seien.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, aus den Mitteln des DigitalPakt IV „Leihgeräte für Lehrkräfte“ Laptops und Tablets inkl. Zubehör, Software und Installation soweit möglich über die Rahmenverträge des Landes zu beschaffen. Der Landrat wird ermächtigt, im Rahmen des zur Verfügung gestellten Finanzrahmens in Höhe von 465.132,79 € alle erforderlichen Aufträge zu erteilen. Sofern eine Beschaffung über den Rahmenvertrag des Landes kapazitätsbedingt nicht möglich sein sollte, erstreckt sich die Ermächtigung auch auf alternative Vergabeverfahren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

6. **K 141, Ausbau in der OD Oberzerf mit Vg-Werken und freie Strecke bis zur B 407; Vorlage: 0311/2021/3**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Auftragsvergabe für den Ausbau der OD Oberzerf (K 141) an den preisgünstigsten Anbieter, die Fa. Wacht, Konz-Könen zuzustimmen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 6.516.987,93 €; der Kreisanteil beträgt 1.272.616,64 €, zuzüglich ca. 60.000,00 € für Grunderwerb, Ausstattung und Bepflanzung.

Lt. Förderzusage des Landes Rheinland-Pfalz wird die Baumaßnahme mit 80% bezuschusst.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

7. **Zuschussantrag des SV Wincheringen zur Errichtung eines Kunstrasenkleinspielfeldes; Vorlage: 0348/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt auf Empfehlung des Sportausschusses vom 31.08.2021, dem SV Wincheringen vorbehaltlich der Förderung durch die Verbandsgemeinde Saarburg-Kell und die Ortsgemeinde Wincheringen, eine Kreiszuwendung i. H. v. 28.960,40 € außerhalb der Sportförderrichtlinien des Kreises zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

8. Breitbandausbau im Landkreis Trier-Saarburg a) neue Förderrichtlinie Gigabitusbau ("Graue-Flecken-Programm") b)weiteres Vorgehen im Landkreis zum Aufbau eines flächendeckenden Gigabitnetzes c) aktueller Sachstand der Ausbauprojekte im Landkreis; Vorlage: 0335/2021

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Er hebt hervor, dass der Landkreis, über die förderfähigen Kosten hinaus, Anschlüsse finanzieren wolle. Diese dürften jedoch nicht zuschussschädlich sein.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Schmitt** (CDU) schildert Geschäftsbereichsleiter Rauland, dass der Landkreis im Rahmen der Vorgaben flexibel gewesen sei. Zum Ende des Förderzeitraums sei es restriktiver gelaufen. Es seien einige Adressen mehr ausgebaut worden, als ursprünglich geplant.

Herr **Rausch** ergänzt, dass insgesamt 543 zusätzliche Adressen aufgenommen worden seien.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) versichert Geschäftsbereichsleiter **Rauland**, dass im Vorhinein eine Abfrage für alle Verbandsgemeinden durchgeführt worden sei. Im Landkreis gebe es bereits eigenwirtschaftlich oder aus anderen Gründen abgedeckte Gebiete.

Der **Landrat** verweist diesbezüglich auf den 6. Förderaufruf und das Graue Flecken-Förderprogramm.

Anknüpfend an die Ausführungen erkundigt sich der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) nach der Koordination mit den eigenwirtschaftlichen Ausbaumaßnahmen. Es dürften keine Doppelstrukturen entstehen.

Herr **Rausch** betont, dass die Kreisverwaltung diesbezüglich in enger Abstimmung mit den jeweiligen Verbandsgemeinden stehe. Vor Ort gebe es jedoch Herausforderungen da einige Ortsgemeinden eigenständig Verträge zum eigenwirtschaftlichen Ausbau mit Unternehmen abgeschlossen haben, wovon die Verbandsgemeinden wiederum keine Kenntnis hatten. Es werde ein Markterkundungsverfahren gestartet. Zu diesen Daten könne eine weiterführende Strategie entwickelt werden.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Informationen zum Sachstand des Breitbandausbaus im Landkreis Trier-Saarburg zustimmend zur Kenntnis.

Der notwendigen Erhöhung des beim NGA-Projekt vom Landkreis Trier-Saarburg zu tragenden Eigenanteils entsprechend der Sachdarstellung der Vorlage wird zugestimmt.



**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

9. **Überplanmäßige Ausgaben im Bereich des Teilhaushaltes 8 –Sozialamt-  
Vorlage: 0338/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende überplanmäßige Ausgaben zu beschließen:

1. 1.000.000,00 EUR bei der Buchungsstelle 31163.553500  
(Budget 800004 – Hilfen zur Pflege und für Behinderte),
2. 500.000,00 EUR im Budget 800006 – Leistungen nach dem SGB XII –  
Abrechnung mit den Verbandsgemeinden

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

10. **Betreuung von Flüchtlingen a) Sozialbetreuung in der Gemeinschaftsun-  
terkunft Konz b) Ehrenamtskoordination; Vorlage: 0341/2021**

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Ergänzend informiert er, dass es erste Anfragen zum Familiennachzug aus Afghanistan gebe. Inzwischen werde die Diskussion erfreulicherweise sachlicher geführt als in der Vergangenheit.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

- a) Der Kreisausschuss beschließt, der Verbandsgemeinde Konz für die Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften in der Roscheider Straße 2, 3 und 5 weiterhin einen Personalkostenzuschuss zu gewähren. Die Höhe des Personalkostenzuschusses beträgt 80 Prozent einer sozialpädagogischen Fachkraft mit der Entgeltgruppe 11b TVöD-SuE, Stufe 3,5 (fiktive Stufe) für die Zeiträume, in der die Stelle tatsächlich besetzt ist.

- b) Der Kreisausschuss beschließt, die Kosten der Ehrenamtskoordination über den 31.12.2021 hinaus für ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2022 zu finanzieren

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**11. Erstellung eines Lokalen Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen  
Vorlage: 0346/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. In den vergangenen Monaten seien zu diesem Thema bereits Grundsatzentscheidungen getroffen worden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) betont, dass es sich hierbei um einen Antrag der SPD-Kreistagsfraktion gehandelt habe, dies jedoch nirgendwo Erwähnung finde.

In dem Prozess der Vorlagenbearbeitung sei dieser Fakt untergegangen, so Geschäftsbereichsleiter **Christmann**. Zur Besetzung der Steuerungsgruppe gebe es zwei Möglichkeiten. Einerseits bestehend aus dem Landrat und der Verwaltung oder andererseits mit zusätzlichen Gremienmitgliedern. Über die Besetzung müsse nicht in der heutigen Sitzung entschieden werden.

Der **Landrat** plädiert für die Besetzung der Steuerungsgruppe mit zusätzlichen Gremienmitgliedern basierend auf einem festgelegten Quorum. Möglich seien unterschiedliche Besetzungen.

Die Erste Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) schlägt vor, hierrüber in der nächsten Ältestenratssitzung zu beraten.

Die **Anwesenden** stimmen dem Vorschlag zu.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

- 1) Der Kreisausschuss beschließt das für die Erstellung des Lokalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für den Landkreis Trier-Saarburg beschriebene Verfahren und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung.
- 2) Der Kreisausschuss ermächtigt die Verwaltung, eine Stelle in Vollzeit auszuschreiben und empfiehlt dem Kreistag, im Stellenplan 2022 eine unbefristete Planstelle mit der Wertigkeit EG 10 TVöD einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**12. Sachstand Klimaschutzmanagement; Vorlage: 0312/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Unabhängig von der Förderung müsse der Klimaschutz stärker vorangetrieben werden, macht der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) deutlich. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde dennoch zustimmen.

Der **Landrat** erläutert, dass es sich hierbei um ein rechtliches Problem handle. Die Förderrichtlinien müssen eingehalten werden. Falls es keine Förderung mehr gebe, müsse neu darüber beraten werden. In der Sache liege im Grunde Konsens vor.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) bittet um Abstimmung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Klimaschutzmanagement zur Kenntnis und stimmt der Beantragung von zwei Personalstellen zur Erstellung und Umsetzung des integrierten Kreisklimaschutzkonzepts zu.

Der Sperrvermerk im Stellenplan 2021 wird aufgehoben, um bereits im Dezember 2021 eine Ausschreibung zu ermöglichen. Die Besetzung der Stelle erfolgt erst nach Bewilligung einer Förderung.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag im Stellenplan 2022 eine weitere Planstelle in der Wertigkeit EG 11 TVÖD für die Dauer des Projekts einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**13. Livestream von Gremiensitzungen; Vorlage: 0232/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung laute, dass ausschließlich Kreistagssitzungen übertragen werden sollen. Eine Regelung für die Fachausschüsse könne ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Weiterhin werde vorgeschlagen einen externen Dienstleister damit zu beauftragen. Die Kreistagssitzungen

werden voraussichtlich eine Weile in der Stadthalle Saarburg stattfinden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) finde eine Übertragung der Kreisausschusssitzungen für die Zuschauenden interessanter. Aus ihrer Sicht könne zunächst eine Übertragung mit dem Personal der Kreisverwaltung bewerkstelligt werden. Bei entsprechender Resonanz könne ein externer Dienstleister beauftragt werden.

Ähnlich äußert sich Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen). Im Allgemeinen gehe es um die Transparenz der Gremienarbeit. Mit der Technik solle zunächst behutsam begonnen werden.

Eine zügige Vorgehensweise sei wünschenswert, merkt die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) an. Die Sitzungen des Kreisausschusses seien interessanter als die des Kreistages. In Trier sei eine Übertragung bereits umgesetzt.

Der **Landrat** teilt mit, dass der Offene Kanal die Stadtratssitzungen übertrage. Er schlage vor, einen externen Dienstleister zu beauftragen, der die entsprechende Kompetenz aufweisen könne. Eine Barrierefreiheit müsse gewährleistet werden. Die Verwaltung könne dies personell nicht leisten. Eine Ausschreibung könne immer wieder angepasst werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) stimmt den Ausführungen des Landrates zu. Auch wenn die Kreisausschusssitzungen grundsätzlich interessanter seien als die Kreistagssitzungen, bleibe der Kreistag das höchste politische Gremium im Landkreis. Mit dem Vorschlag „zunächst ausschließlich Kreistagssitzungen zu übertragen“ sei er einverstanden. Die Ausschreibung für einen externen Dienstleister sei in Ordnung. Ein solches Unternehmen könne besser beurteilen, welche Dinge zur Übertragung nötig seien. Veränderungen können entsprechend vorgenommen werden.

Die Erste Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) hebt hervor, dass die externen Dienstleister bereits das entsprechende Equipment für eine Übertragung besitzen. Dadurch erspare sich die Verwaltung insgesamt Arbeit.

Zusammenfassend hält der **Landrat** fest, dass zunächst ausschließlich Kreistagssitzungen übertragen werden sollen und die Verwaltung damit beauftragt werde, einen externen Dienstleister mit Hilfe eines Markterkundungsverfahrens zu finden.

Büroleiter **Fuchs** ergänzt, dass eine Änderung der Hauptsatzung notwendig werden könne. Jede Einzelperson müsse andernfalls einwilligen, dass er/ sie mit der Übertragung seiner Person einverstanden sei. Es solle keine Welt-, sondern eine Saalöffentlichkeit hergestellt werden. Die jetzige technische Ausstattung sei dazu nicht geeignet. Ein Änderungsvorschlag könne seitens der Verwaltung vorbereitet werden.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgendes zu beschließen:

- zunächst ausschließlich Kreistagssitzungen zu übertragen,
- hierzu die Hauptsatzung des Landkreises zur generellen Ermöglichung von digitalen Aufzeichnungen und Übertragungen kommunaler Rats- und Ausschusssitzungen zu ändern,
- einen Anbieterwechsel für den Livestream vorzunehmen sowie
- für die Durchführung von Livestreams einem externen Dienstleister zu beauftragen

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **14. Beteiligung des Landkreises Trier-Saarburg an den Kosten für die Integrierte Leitstelle Trier und die Rettungswachen im Rettungsdienstbereich Trier; Vorlage: 0340/2021**

### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Als Leitstellenbehörde sehe er diese Angelegenheit positiv. Andere Gebietskörperschaften beteiligen sich an den Kosten. Er bitte diesbezüglich um Beachtung der aufgeführten Kostenschlüssel. Dadurch sei die Finanzierung der Leitstelle und der Rettungswache in Trier von allen Gebietskörperschaften mitzutragen. Dies gelte allerdings andersherum gleichermaßen. Die Stadt müsse sich in der Fläche finanziell beteiligen.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) erklärt der **Landrat**, dass nach jetzigem Stand die Leitstelle mit der Rettungswache gekoppelt sei. Dazu haben bereits Gespräche mit der Stadt Trier stattgefunden.

Der **Landrat** sowie Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** weisen weiterhin ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Berufsfeuerwehr nicht um die Integrierte Leitstelle handle. Der Landkreis Trier-Saarburg sei zuständig für die Leitstelle. Hierzu liege eine klare gesetzliche Regelung vor. Solche Gebäude müssen hohe technische Anforderungen erfüllen. Es werde nach dem Abriss des alten Polizeipräsidiums ein gewisser Koordinationsaufwand bestehen. Vorgesehen sei die Errichtung einer Musterleitstelle vom Land.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

### **Beschluss:**

- 1) Der Landkreis Trier-Saarburg stimmt der Bewilligung eines förderunschädlichen Maßnahmenbeginn der aufgeführten Planungen der jeweiligen Träger (Berufsfeuerwehr Trier, DRK) zu
- 2) Der Landkreis Trier- Saarburg stimmt der Vereinbarung zur Planung der Integrierten Leitstelle Trier zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**15. Informationen und Anfragen**

**Protokoll:**

Nachdem die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) den **Landrat** um eine Stellungnahme in Bezug auf die im Wochenspiegel erhobenen Vorwürfen abzugeben, stellt er klar, dass die Darstellungen im genannten Artikel jeglicher Grundlage entbehren. In Bezug auf seine Nebeneinkünfte sei er stets transparent damit umgegangen.

Der **Landrat** fährt fort, dass er dankbar für die sachlichen Diskussionen mit den anderen Landratsbewerbern sei. Bedauerlich finde er, dass er durch einzelne Falschdarstellungen zur Zielscheibe werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)  
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)